



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

durch die große Menge an Inhalten und die andauernden Unstimmigkeiten innerhalb der Ampel, ist es manchmal schwer, ein Kernthema für die Woche herauszufiltern. So ist es auch in dieser Woche wieder ein bunter Blumenstrauß, der die Menschen im Land und den Bundestag bewegt. Bewegung meine ich hier wortwörtlich, denn die Bauern, Spediteure und der Mittelstand sind wieder auf der Straße - verständlicherweise. Denn bisher hat sich wenig getan, den Branchen entgegenzukommen.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist ebenfalls nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, legten wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vor.

Des Weiteren fällt die Einjahresbilanz des sogenannten Bildungsgipfels mau aus. Es fehlt weiterhin eine klare Perspektive und Planungssicherheit für Länder und Kommunen. Von Fortschritt sind wir weit entfernt. Leider. Auch die Regierungserklärung des Kanzlers diese Woche brachte wenig Erhellendes zutage. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Neben der Lage im Nahen Osten und dem Krieg in der Ukraine wird es auch eine Bestandsaufnahme zur Sicherheitspolitik und zur Verteidigungsfähigkeit auf der Tagesordnung des Europäischen Gipfels geben, zu dem Scholz reiste. Und so bleibt es in vielen Bereichen weiter vage, denn die Verteilungskämpfe in der Ampel scheinen kein Ende zu nehmen. Wir treten auf der Stelle.

Es waren intensive Wochen und eine kurze Osterpause steht vor der Tür. Darauf freue ich mich, um mit meiner Familie ein paar ruhige und sonnige Tage in der

Heimat zu verbringen, Osternester zu suchen und der Natur beim Erwachen zuzuschauen. Ich wünsche Ihnen und euch allen ein gesegnetes Osterfest.

Mit herzlichen Grüßen

Kerstin Vieregge



BÜNDNIS- UND VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT NACHHALTIG SICHERN

Mit unserem Antrag Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit nachhaltig sichern – Strategie zur Stärkung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie umgehend anpassen, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, fordern wir die Überarbeitung des Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie. Angesichts neuer Bedrohungen muss die Bundesregierung die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als national unverzichtbare Schlüsselbranche anerkennen. Sie muss deren nachhaltige Förderung, Erhalt und Ausbau sicherstellen. Mit unserem Antrag betonen wir die Notwendigkeit eines nationalen Kompetenz- und Kapazitätsaufbaus, einer transparenten Ausfuhrkontrolle, sowie der Anpassung des Beschaffungsprozesses der Bundeswehr mit dem Ziel der frühzeitigen Einbeziehung der Industrie. Zudem kritisieren wir die Untätigkeit der Bundesregierung trotz der proklamierten Zeitenwende. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und eine verlässliche Exportpolitik, um deutsche Rüstungsunternehmen international wettbewerbsfähig zu halten. Dieser Ansatz ist essenziell für die Freiheit und den Wohlstand Deutschlands und bildet die Grundlage für eine gesamtstaatliche Resilienz.

[Mehr dazu...](#)



UNSER ENTWURF ZUM BEZAHLKARTENGESETZ

Den wortreichen Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Einführung der Bezahlkarte folgt jetzt der politische Stillstand: Die grüne Bundestagsfraktion verweigert ihrer eigenen Koalition die Gefolgschaft. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Wir fordern die Bundesregierung erneut dazu auf, endlich die Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland abzustellen. Folgerichtig werden wir in dieser Sitzungswoche einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen, mit dem eine Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber geschaffen würde.

[Mehr dazu...](#)



JETZT EINE PISA-OFFENSIVE FÜR FRÜHKINDLICHE BILDUNG STARTEN

Am 14. März 2024 jährte sich der von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger einberufene sogenannte Bildungsgipfel. Zu diesem Anlass ziehen wir mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – Bilanz. Wir stellen fest, dass der Bildungsgipfel bis heute ohne Ergebnis blieb. Vielmehr führen Haushaltskürzungen, auslaufende Bildungsprogramme und fehlende Bekenntnisse zu versprochenen Bildungsmaßnahmen zu einer dramatischen Planungsunsicherheit für Länder, Kommunen, Kindertageseinrichtungen und Schulen. Doch statt einer engeren Zusammenarbeit setzte Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger in den vergangenen zwölf Monaten seit dem Bildungsgipfel noch stärker auf eine Konfrontation mit den Ländern. Viel zu oft wurden durch die Ministerin Entscheidungen vertagt und gemachte Zusagen wieder infrage gestellt. Die Länder fordern zu Recht, sich endlich wieder auf gemachte Zusagen und Zeitpläne der Bundesbildungsministerin verlassen zu müssen. Die Bundesregierung scheint die wirtschaftlichen Auswirkungen der bildungspolitischen Herausforderungen zu unterschätzen. Wirtschaftsverbände schlagen längst Alarm. Betriebe bemängeln das dramatisch sinkende Kompetenzniveau von Schulabgängern und fürchten um ihren Fachkräftenachwuchs. Eine zentrale bildungspolitische Herausforderung ist die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Unterstützung im Elternhaus, welche durch eine Stärkung der frühkindlichen Bildung gesenkt werden muss.

[Mehr dazu...](#)



WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND KLIMASCHUTZ MÜSSEN HAND IN HAND GEHEN

Das Umweltbundesamt hat in dieser Woche die Daten zu den Treibhausgasemissionen im Jahr 2023 sowie die Projektionsdaten zur künftigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 veröffentlicht. Die

Interpretation der Regierung dazu ist mehr als fragwürdig.

Wir als Union sehen das anders. Die Erreichung der CO₂-Ziele im Jahr 2023 ist nicht etwa durch Fortschritte beim Klimaschutz, sondern durch den Rückgang der Wirtschaftskraft, insbesondere durch mangelnde Produktion der energieintensiven Industrie begründet. Die Emissionen sinken, weil die Wirtschaft schrumpft und Industrie abwandert. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion hingegen sind der Auffassung, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum keine Gegensätze darstellen, sondern zwei Seiten einer Medaille bilden. Ohne Wirtschaftswachstum werden wir keine der großen klimapolitischen Herausforderungen finanzieren können. Wir brauchen keine Schönwetter-Prognosen, sondern solche, auf denen eine verlässliche wirtschaftliche Entwicklung auch für die Erreichung der Klimaziele aufgebaut werden kann.

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



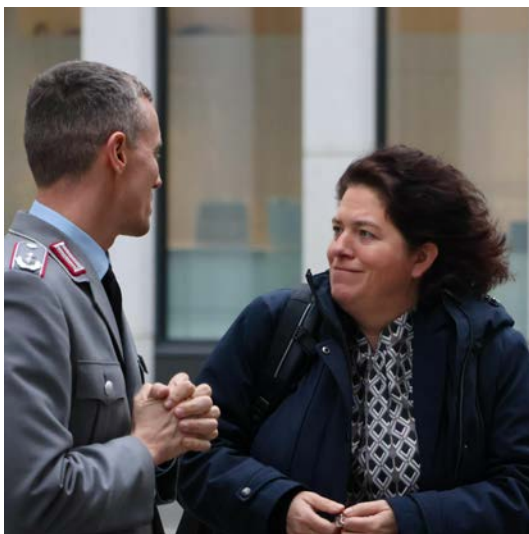
FAHRPLANSTREICHUNGEN NICHT HINNEHMBAR

Zusammen mit meinem Kollegen Ralph Brinkhaus fordern wir einen "Bahngipfel"

OWL" angesichts von Fahrplanstreichungen der Eurobahn. Wir kritisieren die plötzliche Schwächung des ländlichen Raums und die Beeinträchtigung von tausenden Pendlern scharf. Die Eurobahn plant, ab dem 9. April Verbindungen vorzeitig zu beenden oder ganz zu streichen, darunter wichtige Linien in OWL. Es geht um die Daseinsvorsorge der Menschen in OWL. Wir brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit.

WAS SONST NOCH WAR...







Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?
Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

